

Mitteilung Nr. MIT - FS 1/2017		
zur Anfrage nach § 39 GOSTVV des Stadtverordneten der Gruppe vom Thema:	FS - 1/2017 Hauke Hiltz Freie Demokraten 19.01.2017 Mehrheit der Bremerhavener mit den Arbeits- und Lebensbedingungen unzufrieden	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap, in der nur 42 % der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener die Arbeits- und Lebensbedingungen als gut oder besser eingestuft haben?
2. Welche Konsequenzen für politisches Handeln zieht der Magistrat aus diesem Ergebnis?
3. Welche Maßnahmen sind derzeit vom Magistrat geplant, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener zu verbessern?

II. Der Magistrat hat am beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Der Magistrat muss zur Kenntnis nehmen, dass die kontinuierlichen Bemühungen aller Beteiligten, die Arbeits- und Lebensbedingungen in Bremerhaven zu verbessern, offenbar nicht bei allen Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern gleichmäßig ankommen. Für den Magistrat und sicherlich auch alle weiteren Verantwortlichen besteht daher mehr denn je die Aufgabe, die Arbeits- und Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger weiterhin zu verbessern, damit mehr Menschen von dieser Entwicklung profitieren.

Zu 2.:

Die Richtlinien des politischen Handelns werden nicht im Magistrat sondern in der Stadtverordnetenversammlung definiert. Das kommunalpolitisch maßgebliche Organ ist nach der Stadtverfassung die Stadtverordnetenversammlung, deren Beschlüsse vom Magistrat umzusetzen sind.

Zu 3.:

Bei der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Bremerhaven handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess, der sich im Rahmen der Zuständigkeiten des Magistrats auf eine Vielzahl von Handlungsfeldern erstreckt. Die laufenden Maßnahmen mit einem engeren Bezug zu Lebens- und Arbeitsbedingungen umfassen beispielsweise die Wohnumfeldentwicklung, die Betreuung und Beschulung von Kindern und Heranwachsenden und die kommunale Arbeitsmarktförderung. Als konkrete Beispiele sind in diesem Zusammenhang die Sanierungsmaßnahmen sowohl in Lehe als auch in anderen Stadtteilen, das umfangreiche Bauprogramm zur Schaffung von zusätzlichen Schul- und Kindertagesstättenplätzen aber auch die „Zukunftswerkstatt Bremerhaven. Kultur. 2027“ zu nennen.

Grantz
Oberbürgermeister